

Danziger Zeitung.

Nr 7535.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiser. Postämtern angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 S., nehmen an: in Berlin: H. W. Brecht, A. Metemeyer und Rud. Koffe; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Sassenstein & Bogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1872.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Eisenach, 6. Oct. Die Versammlung zur Besprechung der socialen Frage, die sehr zahlreich besucht ist, hielt heute ihre erste Sitzung. Prof. Schmoller (Halle) eröffnete dieselbe mit Darlegung der Prinzipien, welche die Veranstalter der Versammlung geleitet. Das Präsidium wurde dem Professor Gneist übertragen, der dasselbe dankend annahm. Zu Vizepräsidenten wurden Frhr. v. Roggenbach und Hilbrandt (Jena) gewählt. Der erste Gegenstand der heutigen Tagesordnung war eine Rede des Prof. Brentano über Ausführung und Weiterbildung der deutschen Fabrikgesetzgebung.

Karlsruhe, 6. Oct. Die „Karlsruh. Ztg.“ kommt in ihrer heutigen Nummer auf das Project der Bildung einer Gesellschaft zur Uebernahme der habsbischen Staatseisenbahnen zurück und constatirt zur Veranschaulichung ihrer neulichen Mittheilungen, daß außer dem von der Regierung rundweg abgelehnten Antrage ein anderer von Privatpersonen ausgegangener derselben weber vorgelegen hat, noch jetzt vorliegt. Ebenso wenig sei jemals die Rede davon gewesen, die habsbischen Bahnen an das Reich zu überlassen.

London, 6. Oct. Aus Ostindien eingetroffene Nachrichten melden die Abnahme der dort grassirenden Cholera.

Paris, 6. Oct. Nach Informationen, welche der „Agence Havas“ zugehen, sind alle Gerüchte, daß die noch ausstehenden Einzahlungen auf die neue Anleihe vertagt sein sollen, vollständig unbegründet. — „Journal officiel“ meldet, daß die für die deutschen Truppen in den 4 noch besetzt bleibenden Departements bestimmten Baracken am 15. October fertig gestellt und mit den nöthigen Ausstattungsgegenständen versehen sein werden.

Provinzial-Landtage und Selbstverwaltung in Preußen.

Berlin, 6. Oct. Statt daß die Provinzial-Landtage sonst den parlamentarischen Rekruten bilden, eröffnen sie jetzt die parlamentarische Saison. Man kann indeß nicht behaupten, daß man den Verhandlungen dieser Körperschaften in großen Publikum eine auch nur nennenswerthe Beachtung schenkt. Und doch sind gerade die vornehmsten Provinzial-Landtage, diejenigen der neuen Provinzen, in welchen sich ein selbstständiges öffentliches Leben aus der vorpreussischen Zeit erhalten hat und außerdem der Provinzial-Landtag der Rheinprovinz versammelt. Woran liegt die Gleichgültigkeit des Publikums? Der Umstand, daß hier in einer für die Jetztzeit unverständlichen Weise besondere Vertreter für Ritter, Bürger und Bauern erscheinen, erklärt die Sache nicht völlig. Auch darin ist die Erklärung nicht zu finden, daß in Folge der vielfachen Wahlbeschränkungen diese Landtage wesentlich nur Wiedereinsetzungen von ausgeprägter Mittelklasse zugänglich sind. Das Publikum liebt diese Landtage nicht bloß nicht, es haßt sie nicht einmal. Sie sind eben gar zu unbedeutend. Ob einige derselben die Öffentlichkeit von ihren Verhandlungen ausschließen, erscheint ziemlich gleichgültig. Vor Rangemittel vermöchte es doch das Publikum dort kaum auszuhalten. Diese Landtage berathen höchst

feierlich über ein paar Taubstummen- und Irrenanstalten, etliche das Landarmenwesen betreffende Gegenstände und allenfalls eine Provinzial-Firenversicherungsgesellschaft. Auch hier kann der Oberpräsident, wenn ihm die Beschlüsse nicht passen, ziemlich beliebig hineingreifen. Man hat dieser „Provinzialverwaltung“ in den letzten Jahren durch Bestellung besonderer „Landesdirectoren“ ein feierliches Ansehen zu geben versucht. Aber der Rheinische Landtag hat die Wahl eines solchen Landesdirectors zur Zeit aus Mangel an Geschäften für denselben abgelehnt. In Schleswig-Holstein werden ähnliche Stimmen laut. Es läßt sich nicht leugnen, daß in Hannover, Nassau und Hessen die Landtage eine größere Bedeutung haben durch die Provinzialfonds, deren Verwendung denselben überlassen ist. Um so größer und gerechter ist das Mißvergnügen derjenigen Provinzen, welche solche Fonds noch entbehren. Wir führen nur an, daß für denjenigen Straßenbau, für den Hannover und Nassau 523,000 R. aus ihren besonderen Fonds verwenden können, der Staatshaushaltsetat pro 1872 kaum mehr als eine Million den übrigen Provinzen zuwendet. Schon nach dem Verhältniß der Bevölkerung müßte die Summe mindestens 5 Millionen betragen. Der Grund, daß jene Provinzen soviel mehr erhalten müßten, weil die früheren Landesregierungen für diese Zwecke soviel übrig gehalten hätten, ist ehrenvoll für die Letztere, aber wahrhaftig nicht für das preussische Ministerium. Das Gesetz über den hannoverschen Provinzialfonds würde niemals eine Mehrheit gefunden haben, wenn Bismarck bei dieser Gelegenheit nicht auch den alten Provinzen in feierlicher Weise Provinzialfonds zugesichert hätte. Seitdem sind mehr als vier Jahre verfloßen, ohne daß zur Realisirung jenes Versprechens etwas Erhebliches geschehen wäre. Suerst fand man, daß wenn sämtlichen Provinzen nach hannoverschem Maßstabe Renten ausgesetzt würden, die Staatsmittel bei Weitem nicht zureichten. Wir besaßen uns damals vor 1870 in einer Periode des Deficits. Dann überzeugte man sich auch, daß sich auf die bisherigen Organe der Provinzialverwaltung keinerlei Selbstverwaltung von erheblichem Umfange begründen lasse und daß wiederum andere Organe einen neuen Unterbau in einer anderen Kreisordnung voraussetzten. Jetzt liegt es nur am Herrenhause, daß die Kreisordnung nicht zu Stande kommt. Nach Zustandekommen der Kreisordnung kann eine neue Provinzialordnung keinerlei ernsthafte politischen Schwierigkeiten mehr bereiten. Die Frage der provinziellen Selbstverwaltung erscheint dann lediglich nur noch als finanzielle Frage. Auch hier wird die Lösung sehr erleichtert durch die französische Kriegsschuldung, welche spätestens vom Jahre 1874 ab im preussischen Staatshaushalt ganz erhebliche Summen verfügbar macht und es dadurch ermöglicht, den Provinzen weit höhere Fonds, als in ihrem Interesse seither verwendet worden sind, zur selbstständigen Verwendung zu überweisen. Im Abgeordnetenhaus kann jede die Selbstverwaltung der Provinzen fördernde Maßregel der lebhaftesten Unterstützung gewiß sein. Je weiter die Ziele der Decentralisation gesteckt werden, desto besser. Der Hannover und Nassau-Hessen gewährte Rahmen der Selbstverwaltung reicht nicht aus, um auf die Dauer das

öffentliche Interesse den neuen Institutionen zuzuwenden. Auch solche kleine Erweiterungen, wie man sie jetzt Hannover zugesetzt (auch die technische Leitung bei den aus Provinzialfonds ausgeführten Straßenbauten soll von den Staatsbehörden auf die Provinzialbehörden übergehen), vermögen daran nichts zu ändern. Nach unserer Meinung ist der gesammte Baueinsatz einschließlich des Wasserbauwesens und aller Unterhaltungskosten den Provinzen zu überweisen. Ebenso ist der landwirtschaftliche Etat zur Decentralisation geeignet. Für eine Provinzialverwaltung in solchem Umfange geben aber nicht fixirte Renten aus der Staatskasse, sondern allein Provinzialsteuern eine richtige finanzpolitische Grundlage. Die Ueberweisung der Grundsteuer an die Provinzen (sowie der Gebäudesteuer an die Communen) muß daher mit der Decentralisation verbunden werden. So leicht es fallen wird, in dieser Weise sich über Principien zu verständigen, so schwierig gestaltet sich die Ausführung im Einzelnen durch die Verschiedenheit der provinziellen Verhältnisse, das Mißverhältniß der Grundsteuer in den einzelnen Provinzen zu den Bedürfnissen für Bauzwecke u. s. w. Dazu kommt, daß die Berliner Geheimraths-Bureaucratie von vornherein sich gegen Alles sperrt, was ihren Einfluß und ihre Macht zu verringern im Stande ist. Es bedarf eines eminent organisatorischen Kopfes, einer ganz besonders tüchtigen Arbeitskraft und eines energischen Willens, um eine solche Reform durchzuführen. Daß der gegenwärtige Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, diese Eigenschaften besitzt, ist selbst von seinen politischen Freunden noch nicht behauptet worden.

Deutschland.

Berlin, 6. Oct. Im Anschluß an unsere jüngsten Nachrichten über die Vorlagen aus dem Cultusministerium möchten wir darauf hinweisen, daß die bezüglich der Entwurfs als ein Resultat derjenigen Verhandlungen anzusehen sind, welche vor einigen Monaten im Cultusministerium seitens der von dem Chef desselben einberufenen Autoritäten auf dem Gebiete des Kirchenrechts abgehalten worden sind. Es wird jetzt nachträglich bekannt, daß bei jenen Conferenzen sich hauptsächlich die Meinung geltend machte, daß der Weg der Nothgesetze ferner gegenüber den hervorgetretenen Mißständen in dem Verhältniß zwischen Staat und Kirche unbedingt verlassen werden müsse; zumal da sich herausstellte, daß die bisher erlassenen Nothgesetze, den vielen Auswegen gegenüber, welche der schlan berechnende Gegner zu finden gewußt hat, so wenig ausreichten, daß man sich auf die Dauer — will man anders die in das Auge gefaßten Zwecke erreichen — einer Ausdehnung der jetzigen Bestimmungen kaum wird entziehen können. So entstand das System der erwähnten Vorlagen mit dem doppelten Zweck, die Autorität des Staates und die Freiheit der Handlungen und Entschlüsse der Staatsbürger zu schützen. Die Beweisführung, daß eine Bedrohung nach beiden gedachten Richtungen hin in hohem Grade vorhanden und dadurch unverkennbar ein Nothstand geschaffen war, wird Aufgabe der Motive jener Vorlagen sein, denen man mit großer Spannung entgegensteht. — Die Nachricht, als sei die

Angelegenheit der Erhöhung der Beamtengehälter dadurch in ein verändertes Stadium getreten, daß auch eine Erhöhung der Offiziersgehälter in Aussicht genommen sei, wird uns als ungenau bezeichnet. Daß man schließlich bei einer Besserstellung sämtlicher Staatsbeamten die Offiziere übergehen sollte, ist füglich nicht anzunehmen; doch liegt die Regulirung der Militärverhältnisse ja doch auf dem Reichsgebiete und hier ist ja bekanntlich für den Militäretat vorläufig bis zum Jahre 1875 ein Pauschquantum bewilligt. Die Annahme, als würde die Gehaltserhöhung für die Civilbeamten mit Rücksicht auf dasjenige, was später einmal für die Offiziere zu geschehen haben wird, jetzt plötzlich niedriger bemessen, als man ursprünglich beabsichtigt hatte, wird jetzt als durchaus unzutreffend bezeichnet. Uebrigens sind die Beratungen über Gehaltserhöhung und Servicezulage für die Beamten auch jetzt noch keineswegs abgeschlossen. — Der Geheimen Regierungsrath Stiehl, welcher bekanntlich mit dem 1. Januar l. J. aus dem Staatsdienst zurücktritt, wohnte der neulichen Einführung des Ministerialdirectors Sydow in das Amt unter den übrigen Räten des Cultusministeriums noch bei. Zur Zeit verlautet noch nicht, wer sein Nachfolger werden wird, dagegen hört man, daß die Zahl der Rathstellen bei dem Cultusministerium um 3 erweitert werden wird.

Unter den Vorlagen, welche den nächsten Landtag erwarten, befinden sich auch Gesetzentwürfe zur Regelung der Verhältnisse der Mennoniten und der Baptisten; es handelt sich darum — schreibt die „Spen. Ztg.“ — diesen Religionsgenossenschaften Corporationsrechte zu verleihen und sie zum Vermögenserwerb zu befähigen. Außerdem verdient ein Gesetzentwurf über den Austritt aus der Kirche Erwähnung, von dem schon im vorigen Jahre die Rede war. Es wird dadurch mit Rücksicht auf ein Erkenntnis des Obertribunals zweifellos gestellt werden, daß der aus einer Kirchengemeinschaft Ausgeschiedene nicht mehr zu den Kosten derselben herangezogen werden kann.

Das „Deutsche Wochenblatt“ meldet: Der Etat des Unterrichts-Ministeriums wird diesmal ungewöhnlich reich ausgestattet sein, und zwar, wie verlautet, nicht nur in Bezug auf den niederen Unterricht, sondern auch auf die höheren Lehranstalten, speziell auf die mit den Universitäten verbundenen Institute.

Die Leitung der kriegsgeschichtlichen Abtheilung im großen Generalliege und die damit verbundene Redaction des Geschichtswerkes über den deutsch-französischen Krieg sind, wie das „Militär-Wochenblatt“ nochmals hervorhebt, dem Obersten und Abtheilungs-Chef, Grafen v. Wartensleben, übertragen worden. Die abweichende Nachricht der „Darmstädter Militär-Zeitung“ über die Befestigung dieser Stelle entbehrt jeder Begründung.

Die seit Waagen's Ableben, also seit über drei Jahren erledigte Stelle eines Directors der Gemäldesammlung des königlichen Museums ist jetzt Meier aus München, einem auch literarisch bekannten Kunstkritiker, zu Theil geworden. Directions-Assistent ist der Professor Dr. Hotho, welcher auch der Kupferstich-Sammlung des Museums vorsteht.

Stadt-Theater.

*** Die neue Offenbach'sche Operette „Blaubart“ hatte gestern ein außerordentlich zahlreiches Publikum angezogen, aber befriedigte, wie es zu bemerken war, die gehegten Erwartungen nicht. Der Text parodirt das bekannte Märchen von Ritter Blaubart im Stile der „fliegenden Blätter“, wenn sie Felden- und Kriegsgeschichten von Puppen, auf Fußbreitern festgeleimt, agieren lassen. Bei dem gewählten schauerlichen Stoff lag eine Verhöhnung der neueren italienischen Oper nahe, welche es bekanntlich liebt, die süßesten Melodien mit den gräßlichsten Handlungen zu verknüpfen. Augencheinlich hat dies auch dem Textdichter wie dem Componisten vorgeschwebt, und was der Letztere in dieser Beziehung liefert, — namentlich das Duett zwischen Blaubart und seiner sechsten Gattin, in dem er ihr den Tod verkündigt — gehört zu den besten Nummern seiner Arbeit. Das Bedenkliche an der angeführten Behandlung des Textes ist, daß das Grotesk-Komische schwerlich vier Acte lang das Interesse des Zuschauers festhalten kann. Dann ist aber auch der deutsche Bearbeiter in der Behandlung des Dialogs — und es wird ziemlich viel gesprochen — nicht sehr glücklich gewesen. Wenn er hier mehr Witz und weniger Behagen hätte walten lassen, wäre dies der Wirkung des Ganzen sehr zu statten gekommen. Denn in dem aufstrebenden Theil steht diese Operette den neuen Sachen Offenbachs im Ganzen nicht nach. Das parodistische Element ist schon erwähnt; aber es fehlt auch, neben vielen Trivialitäten, nicht an gefälligen Melodien.

Fr. Lang-Rathen, welche die Boulotte spielte, wurde bei ihrem Erscheinen auf das Wärmste empfangen und wußte auch durch die ganze Darstellung den Beifall an ihre Leistungen zu fesseln. Mit glücklichem Humor führte sie uns zunächst die Bäuerin in ihrem urwüchsigen, „Grillen“-haften Naturzustande vor und brachte dann den Contrast des häuerlichen Unglücks mit den vornehmen Kleibern der Ritterfrau und der Eitelkeit des Hofes höchst drollig zur Erscheinung. Wie wirksam die Darstellerin den Operettengesang zu behandeln versteht, ist ja aus ihren früheren Leistungen auf diesem Gebiet hinlänglich bekannt. Neben Frau Lang hatte namentlich Hr. Winkelmann, der den Blaubart gesanglich, wie auch in der Darstellung bestens illustrierte, Erfolg. Die genannten beiden Darsteller thaten in vollem Umfange das Ihrige, um das Stück

dem Publikum genießbar zu machen. Außer ihnen wollen wir nur noch Frn. Sovemann nennen, dessen König Babette eine höchst ergiebige Erscheinung war.

Da Offenbach noch immer sehr zahlreiche Verehrer hat, wird der „Blaubart“ wohl noch einige Male gesehen werden. Einen durchschlagenden Erfolg wird er nicht haben.

Säcularfeier des Appellations-Gerichts zu Marienwerder.

Rede des App. Ger.-Chefpräsidenten Breithaupt. Meine Herren! Die Säcularfeier des hiesigen Appellationsgerichts, welche wir heute begehen, dürfte vor Allem dazu auffordern, einen Blick auf den hinter uns liegenden Zeitraum zurückzuwerfen und zu prüfen, wie die Rechtspflege in Westpreußen zu der Zeit beschaffen war, als der Gerichtshof ins Leben trat, und wie sich dieselbe seitdem unter seiner Leitung und Mitwirkung weiter entwickelt hat. Wir werden sodann, wie ich glaube, finden, daß von den Landes-Justiz-Collegien der Monarchie, denen es bereits vergönnt gewesen ist, ihr hundertjähriges Bestehen unter dem Scepter der hochzuverehrenden Fürsten zu feiern, wohl keines gleich schwere Aufgaben zur Erfüllung seines Berufs zu lösen gehabt hat, als das hiesige. Es beruht dieses hauptsächlich in der Beschaffenheit des Landes zu der Zeit als der Gerichtshof errichtet wurde, in den vielfachen Änderungen, welche im Laufe der Jahre in dem Gerichtsbezirk desselben eingetreten sind, und in der großen Mannigfaltigkeit der gesetzlichen Vorschriften, welche in dem Gerichtsbezirk Geltung gehabt haben.

Als der König Friedrich der Große im Jahre 1772 das Bisthum Ermland, den Regedistrikt, Pommern und die Palatinate Marienburg und Culm — mit Ausschluss der Städte Danzig und Thorn und deren Territorien — unter dem Namen der „Provinz Westpreußen“ mit der preussischen Monarchie vereinigte, befand sich das Land in einem völlig zerstückelten Zustande. Von dem Verfall, in welchem es schon in den letzten Decennien der Ordensherrschaft gerathen war, hatte es sich unter der 300jährigen Herrschaft der Polen nicht nur nicht erholen, sondern war vielmehr noch tiefer gesunken. Nur in wenigen größeren Städten hatte sich noch einigermaßen ein geregelter städtisches Leben erhalten, in der Mehrzahl dagegen lagen Handel, Gewerbe und bürgerlicher Verkehr gänzlich darnieder, und selbst

die Häuser bildeten vielfach Trümmerhaufen und waren von den Eigenthümern verlassen. Noch schlimmer sah es auf dem platten Lande aus. Die Dörfer bestanden aus elenden, verfallenen Hütten, und der Ackerbau wurde nur zur äußersten Nothdurft betrieben; denn der Landmann war dem gänzlichen Mangel an Schulen, durch Unwissenheit, Noth und Trunksucht, unter dem Druck der Leibeigenschaft und des übermäßigen Frohndienstes in einem Grade geistig herabgesunken, daß er nicht mehr das Bedürfnis fühlte und auch nicht mehr die Kraft besaß, selbst durch eigene angelegte Thätigkeit gegen seine traurige Lage anzukämpfen und sich aus derselben zu erheben. Es fehlte an den nothwendigsten Einrichtungen eines jeden civilisirten Staates, insbesondere gab es im ganzen Lande (mit Ausnahme der Ruten zwischen Danzig und Elbing und zwischen Danzig und Thorn) keine Post, keine Apotheke, und die Polizei war, wie Friedrich der Gr. im Jahre 1773 an Voltaire schrieb, selbst dem Namen nach unbekannt. Ueber die Justiz äußert sich der König in dem Notificationspatente vom 28. Sept. 1772 dahin: daß die Prozedur eine tumultuarische gewesen sei und aller rechtlichen und unparteiischen Rechtspflege widersprochen habe, und Er erachtete es daher, wie es in demselben Patente heißt, für eine Seiner den wenigsten Aufschub leidenden oberlandesherrlichen Pflichten, dafür zu sorgen, daß nunmehr Recht und Gerechtigkeit in dem Lande eintreten, ohne Ansehen der Person, widerfahre. Deshalb hatte der König bereits bei seiner Anwesenheit in hiesiger Stadt mittelst Ordre vom 8. Juni 1772 den damaligen Präsidenten des Hofgerichts in Königsberg, Grafen Fink von Finkenstein, zum Präsidenten des für die neue Provinz in Marienwerder zu errichtenden Ober-Hof- und Landesgerichts ernannt und demselben zugleich in kurzen Zügen die Grundzüge bezeugnet, welche Er bei der Justizpflege befolgen, wissen wollte. Diese Grundzüge sind in dem Notificationspatente vom 28. Sept. 1772 weiter entwickelt und lassen sich im Wesentlichen dahin zusammenfassen:

Daß für die ganze Provinz ein Landes-Justiz-Collegium unter der Bezeichnung „Ober-Hof- und Landes-Gericht“ errichtet werden, dasselbe zugleich aber auch die Landeshoheitsangelegenheiten und die geistlichen Sachen wahrnehmen sollte; daß es zwar bei der Patrimonialgerichtsbarkeit ablicher und anderer Güter, sowie bei der Gerichts-

barkeit derjenigen Städte, welche eine solche bisher befehen hatten, unter der Bedingung belassen bleiben sollte, daß die Gerichtsbarkeit durch tüchtig befundene, zur Justiz verpflichtete Substituten, beziehungsweise Bürgermeister und Syndici exercirt werde, dagegen alle übrigen bis dahin unter verschiedenen Namen bestandenen Gerichte aufgehoben und für alle Personen, Sachen und Güter, welche weder unter die unmittelbare Gerichtsbarkeit des Landes-Justiz-Collegiums gestellt wurden, noch der Patrimonial- oder städtischen Gerichtsbarkeit unterworfen waren, besondere Gerichte — später Landvogteigerichte genannt etabliert werden sollten;

daß endlich alle bis dahin bestandenen Gesetze und Verordnungen in Justizsachen sowohl in Betreff der Rechte selbst als der gerichtlichen Verfahrensart für alle von der Zeit der Publikation des Notificationspatents ab zu unternehmende Geschäfte und Rechtsangelegenheiten von keiner Kraft und Gültigkeit mehr sein, vielmehr die Gesetze und die Justizverfassung des damaligen Königreichs Preußen nunmehr auch in Westpreußen zur Anwendung kommen sollten.

Die Zahl der Gesetze und Verordnungen, welche hiernach mit einem Male in Westpreußen eingeführt wurden, war eine sehr bedeutende. Dieselben waren überdies in vielen Sammlungen zerstreut, auch ihrem Inhalte nach keineswegs überall klar und fasslich, so daß es selbst für befähigte und tüchtig ausgebildete Richter einer Reihe von Jahren bedurfte haben würde, um sich mit der neuen Gesetzgebung und Verfahrensart bekannt zu machen und in die Anwendung derselben einzulassen. Allein wie gering mag damals noch die Zahl der einigermassen brauchbaren Justizbeamten gewesen sein, da es noch in dem Justiz-Reglement vom 3. December 1781 heißt, daß die Untergerichte auf dem Lande und in den kleinen Städten mit Richtern besetzt seien, denen es an den erforderlichen Fähigkeiten und an Pflichttreue fehle, und schon in den Jahren 1776 und 1777 der König es für erforderlich erachtete, gegen die Richter, welche sich bei Bearbeitung von Prozessen jahrelange Verschleppungen, sowie gegen die Richter und Advokaten, welche sich Pflichtwidrigkeiten dadurch zu Schulden kommen ließen, daß sie die einfältigen Bauern durch allerhand falsche Vorpiegelungen in ihren Rechtsfragen aufstekten, strenge Strafen vorzuschreiben.

In den Conventikeln der Herren-
händler herrscht geschäftige Bewegung, schreibt die
„Mtg.-Ztg.“. Es bereitet sich eine große Oppo-
sition vor, welche sich zunächst gegen die Kreisord-
nung, dann aber gegen sämtliche Vorlagen ge-
richtet werden soll, welche der Cultusminister ein-
zubringen gedenkt. Einstweilen werden alle Hebel
angelegt, alle Mittel und Wege angewandt, bezw.
eingeschlagen, wenigstens die Civil-Exe-Vorlage
zu hintertreiben. Das letzte Wort ist in dieser Sache
noch nicht gesprochen, das können wir verbürgt
melden und so ganz aus dem hohlen Faß war das
Dementi der Kreuz-Zeitung, welches so viel ange-
fochten wurde, doch nicht; es war nur zu früh aus
der Schule geplatzt.

Die „Temporalien-Sperre“, welche die
Staatsregierung über den Bischof von Ermland ver-
hängt, wird — so schreibt die „D. R.-Corr.“ —
sobald nur die Signaturen des Abgeordnetenhauses
ausgenommen sind, sofort zu einer Interpellation
aus der Centrumsfraction an den Cultusminister
Dr. Falk Veranlassung geben. Unter den Ultramon-
tanen sowohl Berlins als der Provinzen beginnen
bereits die hierauf bezüglichen Beratungen und man
bereitet alles vor, um möglichst wichtige Schläge
gegen die Regierung zu führen.

Vom 6. d. an, wird in Braunschweig die
Synode des niedersächsischen reformierten Synodal-
verbandes abgehalten, einer kirchlichen Gemeinschaft,
welche die presbyterianische Verfassung in ihrer vol-
len Reinheit darstellt und die volle Selbstverwaltung
hinsichtlich aller ihrer Angelegenheiten besitzt.

Wie man angiebt, haben am Anfang dieses
Monats etwa 24,000 Familien ihre Wohnungen
gewechselt. Es ist dies ungefähr der sechste Theil
der Bevölkerung Berlins; wenn trotzdem der Umzug
ohne jede Störung vor sich gegangen, so beweist
dies, daß der Wohnungsnoth wenigstens fürs erste
abgeholfen ist. Einen weiteren Beweis findet man
auch darin, daß man an vielen Häusern Zettel sieht,
auf denen Wohnungen angekündigt sind, welche „so-
gleich“ bezogen werden können. Trotzdem sind am
Sionestrakplatz seit Mittwoch Abend von Wohnungs-
losen 14 u. 16 Baracken errichtet worden.

Der Umbau des preuß. Abgeordneten-
hauses, welchen Präsident v. Forckenbeck im Einver-
ständnis mit dem Vorstande des Hauses angeordnet
hat, war, wie sich jetzt herausgestellt hat, eine dringende
Nothwendigkeit. Das Holzwerk in und über dem
Sitzungsraum war vollständig morsch. Was in der
kurzen Zeit bis zur nächsten Sitzung (22. October)
geschehen kann, wird ist unter Leitung des Bauinspectors
Emmerich und des Baumeisters Haefele gegeben. Der
Hof, welcher von dem Vorderbau zum Sitzungsraum
führte, ist in eine bedeckte Halle umgewandelt. Rechts
und links befinden sich Post- und Telegraphenbüreau;
die Garberäume sind erweitert und verbessert. Der
Sitzungsraum ist vollständig neu decorirt; die alten un-
zureichenden Bänke beseitigt und statt derselben mit
braunem Saffianleder überzogene Klappstühle einge-
richtet. Vor jedem Stuhl ist wie im Reichstagsaal ein Schreib-
pult mit einer Schublade. Die Beleuchtung des Saales
ist verbessert, das Anzeichen der Gastfreundlichkeit wird
durch einen elektrischen Apparat bewirkt. Die neben
dem Saal liegenden Räume, Lesezimmer, die Journa-
listentribüne und die Sitzungsstühle für die Commissionen
sind vollständig renovirt und verbessert. Ganz besondere
Sorgfalt ist auf die Ausstattung des Sitzungsraumes
der Budgetcommission (der frühere Empfangsalon
Forckenbecks) gelegt. Die prachtvollen Stuckarbeiten
an den Decken und Wänden sind wieder aufgerichtet
und ergänzt.

Posen. Dem Propst Jazdzewski in Bun-
der von der polnischen Nationalpartei mit Zustim-
mung des Erzbischofs Grafen Ledochowski als Can-
didat für die Reichstagswahl im Wahlkreis Kroto-
schin aufgestellt ist, ist von der R. Regierung die
Schulinspektion abgenommen worden. Die
betreffende Verfügung wurde demselben am 28. v. M.
vom Landrath persönlich übergeben.

Breslau. Unser neuer Oberbürgermeister
Mag. v. Forckenbeck ist von der Bürgerschaft hier
herzlich und aufs Beste empfangen. Der feierlichen
Einführung im Rathhause, welches aufs Festlichste
geschmückt war, folgte ein Wahl im Kreisbüreau
Concursale, an welchem 400 Bürger der verschieden-
sten Berufsstände theilnahmen. Die früher üblich
gewesene Einführung des Oberbürgermeisters in der
Kirche war diesmal unterblieben. Die evangelische

Unter solchen Umständen darf es denn nicht
Wunder nehmen, daß man schon im Jahre 1781 das
Bedürfnis empfand, zu einer anderweitigen Justiz-
Organisation zu schreiten, die sodann auch durch das
Reglement wegen künftiger Einrichtung des Justiz-
wesens bei den Ober- und Untergerichten des Königs-
reichs Preußen dem 3. Dec. desselben Jahres ein-
geführt wurde. Diese war, soweit sie Westpreußen
betrifft, hauptsächlich dahin gerichtet:

Den bisherigen Gerichtsbezirk des Landes-
Justiz-Collegiums für Westpreußen, welchem der
König bereits im Jahre 1773 statt seines früheren
Namens „Ober-Hof- und Landesgericht“ den Namen
„Westpreussische Regierung“ beigelegt hatte, besser
zu arrondiren, zu welchem Behufe das Bisthum
Ermland der Jurisdiction der Regierung in Königs-
berg überwiesen, aus dem Gerichtsbezirk der letzteren
dagegen dem Bezirke der Regierung zu Marien-
werder der größte Theil des damaligen Marienwer-
derschen landrätthlichen Kreises zugelegt wurde und
daß man ferner bei der mangelhaften Qualifi-
cation der Untergerichte die Competenz der Unter-
gerichte einschränkte und diejenige der Obergerichte
weiter ausdehnte und die Controle über die ersten
versärfte. Zu diesem Ende wurde für den Regi-
strat und den Coniger Kreis ein besonderes Ober-
gericht in Bromberg unter dem Namen eines Hof-
gerichts errichtet, bei der Regierung in Marienwer-
der die Zahl der Mitglieder vermehrt, so daß die-
selbe nunmehr statt eines zwei Senate erhielt. Die
Landvoigtei-Gerichte wurden aufgehoben und statt ihrer
Domainen-Justiz-Ämter errichtet, und es erhielten nun-
mehr die Personen adeligen Standes und die Beamten,
von denen bisher nur die höchsten Standespersonen
und Wärenträger ihren Gerichtsstand bei der Re-
gierung gehabt hatten, während die übrigen den Land-
voigteigerichten untergeben gewesen waren, ihren
Gerichtsstand bei den Obergerichten. Auch wurden
Kreisjustizräthe mit fixirten Befoldungen bestell-
ten, deren Function darin bestehen sollte, die Aufsicht
über die Untergerichte ihres Districts zu führen,
gewisse zum unmittelbaren Ressort der Obergerichte
gehörige Geschäfte als perpetuierliche Commissarien
derselben zu besorgen und in besonderen Fällen Auf-
träge der Obergerichte auszurichten.

Der hiernach der Westpreussischen Regierung
zugewiesene Geschäftskreis wurde indeß schon im
Jahre 1793 wieder bedeutend dadurch erweitert, daß

Geistlichkeit hatte nach der Einführung eine beson-
dere Deputation zur Bewillkommung Forckenbecks
nach dem Rathhause geschickt.

Magdeburg, 5. Oct. Der Kronprinz ist
mit seinen beiden Söhnen heute Abend hier ein-
getroffen.

Köln, 4. October. Die Väter der Gesell-
schaft Jesu haben ihr hiesiges Kloster nach dem
vom Cultusminister eingetragenen abnehmenden Be-
scheid auf Verlängerung der Frist verlassen. Einige
Mitglieder, geborne Kölnier, werden vorläufig bei
ihren Verwandten hieselbst bleiben, Pater Rive
ordnet die Vermögens-Verhältnisse und ein anderer
Pater verweilt allein so lange im Kloster, bis die
Uebertragung des hochwürdigsten Gutes in ein-
andere Kirche bewerkstelligt war. Der größte Theil
der Mitglieder ist nach Amerika ausgewandert, nur
zwei haben sich nach Kopenhagen begeben. Bei ihrem
Abschied haben fünf Mitalieder, Pater Rive an der
Spitze, noch einen Protest gegen das Verfahren der
Reichsregierung in der „Kölnischen Volks-Zeitung“
veröffentlicht.

Aus Bayern, 5. Oct. Bekanntlich befand
sich unter den in Regensburg domicilirten Jesuiten
ein Graf Fugger, welcher, sich auf die ihm durch
die Verfassung garantirten standesherrlichen Rechte
berufend, gegen den ihm zugestellten Ausweisungsbefehl
protestirte. Wenn nun den Mittheilungen
ultramontaner Blätter zu glauben ist, so wurde die-
sem Proteste Verleumdung geschenkt, da Graf
Fugger unangefochten noch in Regensburg verweilt.

Österreich.

Wien, 5. Oct. Die Reichsrathsdelegation
genehmigte in ihrer heutigen Plenarsitzung die Sub-
sidien des Finanzministeriums und des obersten Re-
chnungshofes, sowie den Pensionsetat und die Theu-
erungszulage für die Beamten in Uebereinstimmung
mit den Ausschusssanträgen. In der Generaldebatte
des Marinebudgets rechtfertigte der Obmann des
Budgetausschusses, Pratobera, das pflichtgemäße
Vorgehen des Ausschusses gegenüber den einstellten
veröffentlichten Berichten und verwies auf die viel-
fach bewilligte Erhöhung der vorjährigen Erforder-
nisse. Der Minister des Auswärtigen, Graf An-
drassy, hob in seiner Erwiderung auf die Anfein-
dungen Pratoberas hervor, daß man aus seinen in
der Sitzung des Ausschusses gesprochenen Worten
nicht ableiten könne, daß der gegenwärtige Friede
für alle Zeiten gesichert sei. Die Beziehungen
Österreichs zu den meisten Staaten seien die besten
und er habe das feste Vertrauen, daß mit dem Pro-
gramme, welches kein offensives, sondern der Natur
der Monarchie gemäß ein ausschließlich defensives
sei und bleiben müsse, der Friede erhalten werden
könne. Die Realisirung jenes Programmes sei nun
dann zu erwarten, wenn das Nothwendige gewährt
werde um den Frieden in jeder Richtung durch eigene
Kraft sicher zu stellen. Gegen jede andere Aus-
legung müsse er entschieden Verwahrung einlegen.

Schweiz.

Der Brief, den Mermillod an den Staats-
rath von Genf gerichtet hat, läßt an Derbheit nichts
zu wünschen übrig. „Ich nehme“, sagt er darin u.
a., „Ihre Beschlässe nicht an, die unschicklich in den
Erwägungen, gesegwidrig in den Dispositionen sind
und die an die Stelle der Billigkeit, des Rechts und
des Gesezes die Unterdrückung setzen. Meine bischöf-
liche Würde dient Ihnen bloß zum Vorwand, um
damit einen Schlag gegen die Rechte und die Action
der Kirche zu verdecken.“ Was wird nun weiter ge-
schehen? Mermillod functionirt nach wie vor in der
katholischen Kirche von Genf; um sein Gehalt,
welches ihm der Staatsrath sperirt, braucht ihm nicht
hänge zu sein, denn schon hat Veulliot im „Univers“
die Subscription eröffnet, um ihm ein größeres Ge-
halt zu sichern, als er bis dahin vom Canton Genf
empfing. Er selbst ist Genfer Bürger. Man kann
ihn also nicht ausweisen, und ihm von Staatswegen
die Ausübung geistlicher Functionen untersagen
zu wollen, ist in Genf kaum denkbar; der Staats-
rath hat sich auch wohl gehütet, Mermillod abzu-
setzen, sondern er hat nur gesagt, der Staat aner-
kenne Hrn. Mermillod nicht mehr als Stadtpfarrer
von Genf. Einen neuen Pfarrer könnte der Staats-
rath nur mit Mitwirkung des Bischofs von Freiburg
einsetzen, diesem Letztern aber sind durch den Papst

in diesem Jahre die Städte Danzig und Thorn und
die zu denselben gehörigen Territorien mit der preu-
ßischen Monarchie vereinigt und dem Gerichtsbezirke
der Regierung zugelegt worden. In beiden Städten
wurden die in denselben vorhandenen mehreren ein-
zelnen Gerichte aufgehoben und an deren Stelle in
jeder Stadt ein collegiales Stadtgericht formirt, in
Danzig auch für Schiffsahrts- und Handelsachen noch
ein besonderes Gericht unter dem Namen eines Kgl.
Admiralitäts-, und Handelsgerichts errichtet. Für
die Regierung wurde überdies die Rechtspflege nicht
unerheblich auch noch dadurch erwirkt, daß man
beiden Städten ihre bisherigen statutarischen Geseze
überließ, die in den übrigen Landestheilen der Pro-
vinz Westpreußen geltenden Geseze — jedoch mit Aus-
schluß des preussischen Landrechts von 1721 — als
subsidiares Recht einführt und nur die gesetz-
lichen Vorschriften über das Verfahren in Civil-
und Strafsachen, welche in Preußen damals Geltung
hatten, sofort bei den neugebildeten Stadtgerichten in
Anwendung bringen ließ.

Indessen wurde der so erweiterte Gerichtsbezirk
der damaligen westpreussischen Regierung schon im
Jahre 1803 durch die Abgabe der Jurisdiction über
den Laurenburg-Blüthow'schen Kreis, welcher im Jahre
1773 zu Westpreußen geschlagen worden war, an das
damalige pommerische Hofgericht in Eßeln, noch er-
heblich mehr aber durch die Territorialveränderungen
wieder beschränkt, welche für die preussische Monarchie
auf Grund des Tilsiter Friedensvertrages und der
Elbinger Conventen in dem Jahre 1807 eintreten.
Durch diese Verträge wurde die Stadt Danzig mit
ihrem bisherigen Gebiete unter beträchtlicher Ver-
größerung des letzteren durch Zulegung verschiedener
Districte von Westpreußen zu einem Freistaate er-
hoben und an das neugebildete Herzogthum Warschau
außer dem ganzen Departement des Hofgerichts in
Bromberg, mit Ausschluß der jetzigen landrätthlichen
Kreise Flatow und Dr. Crone, der Culm- und
Mischelau'sche Kreise einschließlich der Stadt Thorn,
jedoch mit Ausnahme der Stadt Graudenz und dreier
zu dieser gehöriger Dörfer abgetreten.

Um dieselbe Zeit und zwar in Folge der Ver-
ordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provin-
zial-, Polizei- und Finanzbehörden vom 26. Decem-
ber 1808 erlitt das hiesige Landes-Justiz-Collegium
auch in seiner Verfassung und Competenz eine tief
eingreifende Umänderung, indem dasselbe unter An-

nahme des Namens „Ober-Landes-Gericht“ die bis
dahin zu seinem Ressort gehörigen gemeinen Landes-
hoheits- und geistlichen Sachen an die hiesige in eine
Königl. Regierung umgewandelte Kriegs- und Do-
mainen-Kammer abgab. Mit dieser Beschränkung
seiner Zuständigkeit auf die ausschließlich der Justiz
angehörenden Angelegenheiten erhielt der Gerichts-
hof dauernd seinen jetzigen Gerichtsbezirk erst in den
Jahren 1814 bis 1816, als nach Wiedereinnahme
der Festung Danzig diese Stadt mit ihrem alten und
neuen Gebiete und, nach Auflösung des Herzogthums
Warschau und Herstellung einer neuen Provinz un-
ter dem Namen des Großherzogthums Posen, der
Culm- und Mischelau'sche Kreis einschließlich der
Stadt Thorn und ihres Gebiets wieder der Juris-
diction des hiesigen Ober-Landes-Gerichts überwie-
sen wurden. Seit dem Jahre 1816 hat der Gerichts-
hof nur noch einige kleinen Änderungen insofern
erfahren, als im Jahre 1835 auch die bis dahin dem
hiesigen Ober-Landesgericht noch belassene Jurisdic-
tion über einige zur Herrschaft Pletzne, welche dem
Großherzogthum Posen zugelegt war, gehörige Gü-
ter auf das Ober-Landesgericht in Bromberg und im
Jahre 1857 die bis dahin dem Kreisgericht in Elbing
zugehörigen Angelegenheiten über einige zum Re-
gierungsbezirk Königsberg gehörige Ortschaften dem
Kreisgerichte in Mohrungen übertragen worden ist,
so daß gegenwärtig der Gerichtsbezirk des Appella-
tions-Gerichts genau mit den Bezirken der beiden
Regierungen in Danzig und Marienwerder zusam-
mentrifft.

Wenn schon der erwähnte so häufige Wechsel in
seinem Gerichtsbezirke dem hiesigen Landes-Justiz-
Collegium seine Aufgabe zur Förderung einer guten
Justizpflege sehr bedeutend erschwerte, weil die Ein-
richtungen der Justiz vor allem einer längeren Dauer
bedürfen, um sich beständig, fortbilden und in das
Bewußtsein des Volks eindringen zu können, so trat
für dasselbe doch auch noch eine kaum geringere Be-
lastigung in der großen Verschiedenheit der Rechte
hinzu, welche in dem Departement Geltung hatten.
Schon für die im Jahre 1772 mit der preußi-
schen Monarchie vereinigten, bis dahin unter der
Herrschaft der Krone Polen gestandenen Landestheile
hatte man nicht einmal überall dieselben gesetzlichen
Vorschriften ertheilt, insbesondere war dies der Fall
in Beziehung auf die Erbfolge des Adels und die
Erbfolge der adeligen Ehefrauen, und ebenso wurde

Paris, 4. Oct. Veranlaßt durch einen Artikel
der Berliner „Provinzial-Corresp.“, worin es hieß,
Elsaß-Lothringen sei im Begriff, ein vollkommen
deutsches Land zu werden, führt der „Temps“ den
Beweis, daß jene Behauptung vollständig irrig sei,
und erinnert daran, daß die Wahl nicht frei gewesen
wie in einem Plebisit; die Annahme der neuen Ver-
fassung sei statgefunden aus Furcht vor dem
drohenden Militärgeseze; die in Elsaß und Lothringen
Zurückgebliebenen seien Frankreich eben so anhänglich
wie die Weggezogenen. — Eine ziemlich bedeutende
Anzahl Elsaß-Lothringer sind in den letzten Tagen
in Paris angekommen. Es sind aber meistens arme
Leute, darunter auch viele, die, wie das „Econome“
mittheilt, verlangen, als Straßensänger angestellt zu
werden. Die Leute hatten übrigens alle freie Fahrt
auf der Eisenbahn. — Das Grenobler Ereignis
beschäftigt die öffentliche Aufmerksamkeit nicht sonder-
lich mehr. Nur die „Republique Francaise“ ant-
wortet nochmals dem „Journal des Debats“, jedoch
in so gemäßigtem Tone, daß man fast an einen
Rückzug des Ex-Dictators glauben möchte. Dagegen
fällt sein Organ heute gegen den Times-Correspon-
dent aus, weil derselbe behauptet hat, an der Börse
seien in Folge der Grenobler Rede die Course ge-
fallen gewesen. Solche Behauptung (die jedoch auch
in allen französischen Blättern zu lesen war) könne,
meint es, nur ein Prussian aufstellen; in Zukunft
möge der Herr sich um französische Angelegenheiten
gar nicht bekümmern, da ihm das schlecht bekommen
könnte. Laut „Francaise“ hätten die Vertreter der
fremden Mächte wegen der Reise Gambettas Vor-
stellungen gemacht; der „Temps“ bemerkt aber dazu:
es ist wohl möglich, daß fremde Diplomaten die
Sache in nicht officiellen Unterredungen besprochen
haben, jedoch es ist auch weiter nichts geschehen. Der
preussische Botschafter verhielt sich in vollständiger
Zurückhaltung. — Der „Times“ läßt sich aus Paris
melden, daß der russische General Timaschew gelegent-

lich eines dem Präsidenten der Republik abgesatteten
Besuchs dem letzteren den Eindruck des Unbehagens
nicht vorenthalten habe, welchen die in letzter Zeit
wieder hervorgetretene aggressive Haltung der fran-
zösischen radikalischen Partei habe hervorgerufen
müssen. Die seitberige sympathische Stellung der
anderen Mächte zu der französischen Regierung werde
sich nothwendig ändern müssen, sobald Frankreich
widerum der Mittelpunkt aller Agitationen in Europa
werde. — Gambetta, welcher angeblich leidend ist,
begiebt sich heute früh von Chambéry nach Vevey
in der Schweiz. — Die „Gazette des Tribunaux“
zeigt an, daß das Vergehenverhör in dem Bazaine-
schen Prozesse zu Ende sei und die Sache im No-
vember zur Verhandlung kommen könne.

5. Oct. Das „Journal officiel“ enthält
eine Mittheilung der Regierung, welche meldet, daß
fünf Offiziere von der Garnison von Gre-
noble wegen ihrer Betheiligung an der dort am
26. v. M. stattgehabten politischen Manifestation
in andere Regimenter versetzt und nach ihrem Ein-
treten bei ihren neuen Truppenteilen mit 60 Tagen
Arrest bestraft werden würden. Die amtliche Mit-
theilung hebt hervor, daß die Aufgabe der Armee
nach Innen darin bestehe, das Gesez zu vertheidi-
gen und die Ordnung aufrecht zu erhalten, was jede
politische Voreingenommenheit ausschließen müsse.
Uebrigens sollen alle Offiziere der betreffenden Re-
gimenter gegen das Benehmen ihrer Kameraden
Protest erhoben haben. — Das „Journal officiel“
meldet weiter, daß ein Uebungsgezwader ge-
nieren Toulon verlassen hat; die eine Division dessel-
ben wird sich nach Ajaccio, die andere nach der Küste
von Tunis und nach dem östlichen Theile des mit-
teländischen Meeres begeben. (W. L.)

Italien.
Rom, 1. Oct. Wir haben jetzt ungewöhnlichen
Fremdenbesuch, nämlich den König, denn endlich ist
dieser nun eingetroffen; ferner eine ganze Schaar
seiner Jagdhunde, die durch ihre Zahl und Größe
auffallen, und mit ihrem Herrn in den Divinal ein-
sorgen, und endlich der Cardinal Bonnehofe. Der
König will nur einige Tage verweilen, und sich dann
auf die Wolfssjagd in's Neapolitanische begeben. Er
hat eine Spazierfahrt auf dem Pincio gemacht. Zum
Ministerrath fehlt Ranza; wir haben beinahe wie-
mals König und Ministerium vollständig zusammen.
Der König hat sich durch ein Telegramm Rattazzi
berufen, um sich mit ihm zu bereden, und um einen
Nachfolger für Ranza zu haben, im Fall das Gesez
über die Unterdrückung der religiösen Körperschaften
eine Ministerkrise hervorbringen sollte.

5. Oct. „Opinione“ schreibt über die Lau-
tionfrage: Frankreich und Italien haben, von der
Ueberzeugung geleitet, daß Griechenland ihre An-
sprüche in gerechter Weise befriedigen werde, be-
schlossen, sich jeder gewaltsamen Action zu enthalten
und Griechenland die Zeit zu lassen, den billigsten
und würdigsten Ausweg zu wählen. — Ein heute
erschienenes Decret verbietet die Einfuhr von Rind-
vieh aus Österreich und Ungarn nach Italien.

Garibaldi hat an seinen Freund, Mr. Arthur
Arnold in England, nachstehenden Brief gerichtet:
„Niemand kann leugnen, daß das Recht stets Fort-
schritte macht, aber gleichzeitig sollten wir nicht unter-
lassen, zu beobachten, daß die Feinde des Rechts und
der Gerechtigkeit in einer grimmigen und verjäh-
rten Reaction vereinigt sind. Auffallende Beispiele
dafür finden Sie in Irland, in Spanien, in Frank-
reich und in Italien. Es giebt nur eine Regierung
in Europa, die das Lob aller vernünftigen Leute
verdient, indem sie thatsächlich der Jesuiten-Synode
auf den Kopf trat, und Bismard verdient
die Dankbarkeit der ganzen Welt. In den
beiden am meisten freien Ländern des Universums,
wo die edle angelsächsische Race heute internatio-
nales Schiedsrichterverfahren als ein unsterbliches
Prinzip proclamiert, um menschlicher Schicksale ein
Ende zu setzen, wird die Freiheit nicht richtig ver-
standen. Es sind die Priester, die die Revolution in
Newyork angestiftet, Belfast verwüstet haben, und
die ganze Welt verwüsten würden, wenn es in ihrer
Macht läge. Ich bewundere wie Sie die finanzielle
Regeneration Frankreichs, aber ich empfinde Ekel bei
dem Anblick Frankreichs, das sich zu dem Haupt-
quartier des Jesuitenthums erniedrigt.“

auch bei den spätern Zulegungen von Districten zu
dem Gerichtsbezirke nicht darauf Bedacht genommen,
in dem Bezirke eine mögliche Gleichheit der in
denselben in Anwendung zu bringenden Geseze
herzustellen. So ließ man den bis dahin zu
Ostpreußen gehörigen Districten des früheren
Marienwerderschen landrätthlichen Kreises bei ihrer
Zulegung zu dem Jurisdictionbezirke der damaligen
hiesigen Regierung das ostpreussische Provinzialrecht
in gleicher Weise verfuhr man bei Erwerbung der
Städte Danzig und Thorn und der zu diesen ge-
hörigen Territorien hinsichtlich ihrer bisherigen statu-
tarischen Rechte, stellte andererseits aber auch in den
zum Freistaate Danzig und dem Herzogthum War-
schau geschlagenen Districten bei ihrer Wiederver-
einigung mit dem Gerichtsbezirke des hiesigen Ober-
Landesgerichts die früher dort bestandenen Provin-
zialgeseze und Statuten nicht wieder her, so weit sie
in der Zwischenzeit dort aufgehoben waren. In
Folge dieses Verfahrens bestand denn seit dem Jahre
1816, als der Gerichtsbezirk des Ober-Landesgerichts
bereits, wie erwähnt, in der Hauptsache seine jetzige
Abgrenzung hatte, in demselben eine solche Mannig-
faltigkeit der zur Anwendung zu bringenden Provin-
zialrechte, daß der damalige Ober-Landes-Gerichts-
rath Schwann hieselbst in seiner im Jahre 1830
herausgegebenen „Einleitung in die Provinzialrechte
Westpreußens“ den Gerichtsbezirk des Ober-Landes-
Gerichts in provinzialrechtlicher Hinsicht in neuen be-
sondere Districte und diese zum Theil wiederum in
verschiedene Unterabtheilungen zerfallen läßt und die
nach seiner Ansicht damals gültig gewesen Provin-
zialgeseze und Statuten, welche er hat abdrucken
lassen, drei starke Octavbände ausfüllen. In dieser
großen Anzahl der provinzialrechtlichen Bestimmungen
ist denn auch der hauptsächlichste Grund dafür
zu finden, weshalb die von dem hiesigen Landes-
Justiz-Collegium schon im Jahre 1780 begonnene,
in den Kriegsjahren von 1806 bis 1814 und in den
folgenden Jahren zwar unterbrochene, demnach aber
mit großer Thätigkeit wieder aufgenommene Samm-
lung und Ordnung des Provinzialrechts erst im
Jahre 1844 ihren gesetzlichen Abschluß erhalten hat.
Vielleicht dürfen wir uns Glück wünschen, daß das
Werk nicht früher schon vollendet worden ist, da in
diesem Falle höchst wahrscheinlich die Anzahl der
noch gültigen Provinzialrechte eine erheblich größere
sein würde, als sie gegenwärtig ist. (Schluß f.)

Ordn.	Stunde	Barometer- Stand in Par. Linien.	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
6	12	339,50	+ 96	Nord, mäß., trübe, bezogen
7	8	341,10	60	NW., lebb., hell u. heiter
12		341,13	83	NW., frisch, hell u. heiter

Die heute Morgen 12 Uhr erfolgte glückliche
Entbindung meiner lieben Frau von einem
gesunden Mädchen befreit ich mich Freunden
und Verwandten hiedurch anzukündigen.
St. Albrecht, 6. Octbr. 1872. (6165)
Wibb. Wenner.

Heute Nachmittag 5 Uhr starb unser ge-
liebter Sohn Johannes, im Alter von
6 Jahren, nach 10monat. Leiden am Heft-
fieber. Dieses zeigen tiefbetrübt an
die trauernden Eltern

F. Mettig und Frau.

Pr. Stargardt, den 5. October 1872.
Die notwendige Substitution der Hofstet-
schen Grundstücke Odra No. 138 u. No.
143 und die Termine am 8. u. 10. October
cr. werden aufgehoben.

Danzig, den 5. October 1872.
Kgl. Stadt- und Kreis-Gericht.
Der Substitutionsrichter. (6222)
Ussmann.

Auction zu Verkauf.

Freitag, den 11. Octbr. 1872, Vormittags
10 Uhr, werde ich zu Verkauf bei dem Hofstet-
schen Herrn Carl Schulz wegen Aufgabe
der Wirtshaus an den Meistbietenden ver-
kaufen:

6 gute Arbeits-, 1 Wagenpferd, 1 gut
erhaltener Glas-Autowagen mit Vorder-
verdeck, 1 Verdeck, 1 Jagdwagen, 1 Ver-
deckschlitten, 2 Rapsdriller, 3 gr. Kleider-
schneide, darunter ein eigenes, 1 Schreib-
sekretair, 3 Sophas, 1 Sofa, 2 Kom-
moden, 1 Schreibkommode, mehr Klapp-
und Anrichte, 1 Waschtisch, 24 Rohrs-
u. 12 Brettschale, 3 Himmel, 3 Sopha-
bettgekelte, mehrere große und kleine
Spiegel, mehrere Kisten, 1 gut erhaltenes
Klavier, 3 Jagdgewehre, 1 Säbel, 1 Stod-
laterne und 1 fast neuer or. Waschtisch.
Ferner 3000 Fuß 1200 fichtene Dielen,
1500 Fuß 1200 ficht. Dielen, 1500 Fuß
1200 ficht. Dielen und 1000 Fuß 2000
fichtene Bohlen.

Den Zahlungs-Termin werde ich bei der
Auction bekannt machen.

Danzig, Auctionator.

In Antwerpen

Neat in Ladung auf hier und wird den 15.
dieses Monats expedirt, das erst-klassige eng-
lische Schiff *Wattay*, Capitain Carnagie.
Aufträge nehmen entgegen, F. Jung dort
und hier (6227)

Hermann Behrent.

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geschätzten Publikum Danzigs
und Umgegend die ergebene Mitthei-
lung, daß ich mich „Ziegenasse No. 1,
Ecke der Heiligegeistgasse“
als Perückenmacher und Friseur etabliert
habe, und wird mein stetes Bestreben
dabin gerichtet sein, mir das Wohl-
wollen durch Pünktlichkeit, Buntlichkeit
und Freundlichkeit zu erringen.

Achtungsvoll
Hof, Friseur.
Danzig, 1. Ziegenasse 1.

Meinen Privatunterricht für Deutsch,
Englisch, Französisch, empfehle ich
zur Benutzung. (6265)
Dr. Kozer, Karpfenfische
No. 23.

Einsetzen künstl. Zähne,
Reinigen, Plombiren, Zahnschmerzen
heilt ohne Entfernung des Zahnes
F. Pfeiffer, Heiligegeistgasse 109.

Erste Sendung

Thyroler Weintrauben

empfehlen

R. Schwabe, Langenmarkt

Feinste Tafel-Butter

in 1/2 und 1/4 Pfd. trifft täglich frisch ein bei

C. W. H. Schubert,

Handgasse No. 15.

Gichorien

in verschiedenen Packungen hat nach abzugeb.

(6152) Herm. Gronau.

Frische Drosseln empfing und empfiehlt

billigst hoch- und niedrigste

Gustav Thiele,

Heiligegeistgasse 72.

Oelfarbendruck-Gemälde in reich-

ster Auswahl, Syroolith-Figuren, den

acht bronzenen täuschend ähnlich, em-

pfiehlt z. billigst gestellten Preisen

Carl Müller,

Vergolderei u. Spiegelfabr., Jopeng. 25.

Ein Rest vorzüglicher Photographi-

en, theils in antiken Rahmen ge-

fasst, empfiehlt um damit zu räumen,

zu sehr billigen Preisen.

Carl Müller,

Vergolderei u. Spiegelfabr., Jopeng. 25.

Felix Gepp,

Kaufmann, 36. Jopengasse 36,

vis-à-vis Herren Bormfeldt & Salsowki,

empfehlen sein Lager von Spazierstöden, echt
Wiener Meerschamwaaren, langen und kur-
zen Tabakspfeifen, Portemonnaies, Cigar-
rentaschen, Rämchen und Bürsten, Schach u.
Domino's, Rächer, Schachfiguren u. f. w.
billigst. Billardbälle, Kegelschläger und
billig. (6219)

Ich bitte meine werthen Kunden und ein
geehrtes Publikum mich auch fernerhin
mit Arbeit zu beehren.

Bertha Kroll, Damenschneiderin,

Löpergasse 10.

Ein mit schriftlichen Arbeiten vertrauter
Mann, der 1500 R. Caution stellen kann
f. tragend e. Stelle. Abt. unt. 6257 i. d. C. d. B.

Gefernes Geldspind

wird für alt zu kaufen gesucht. Gef. Abt.

in der Exped. dieser Zeitung unter No. 6104.

ULLMAN-CONCERTE.

Donnerstag, den 10. October um 7 Uhr Abends.

Concert-Programm.

1. Trio für Piano, Flöte und Violoncello (Weber). Joseffy, De Vroye u. De Swert.
2. Arie aus „Der Barbier von Sevilla“ (Rossini). Marie Monbelli.
3. Adagio und Campanella (Das Glöckchen) (Paganini). Camillo Sivori.
4. Schummerlied aus „Die Afrikanerin“ (Meyerbeer). Amélie Franchino.
5. a) Arie (Bach). b) Souvenir de Spa (Serais). Jules de Swert.
6. a) Tre giorni (Pergolesi). b) Wohin (Schubert). Anna Regan.
7. Duett aus „Semiramis“ (Rossini). Monbelli und Adèle Monnier.
8. Ungarische Rapsodie (Liszt). Rafael Joseffy.
9. Duett aus „Die Hochzeit des Figaro“ (Mozart). A. Regan und A. Franchino.
10. La Calesera, Spanisches Lied (Tradier). Marie Monbelli.
11. Fantasie aus „Lucia von Lammermoor“ (Sivori). Camillo Sivori.
12. Damen-Terzett aus „Die heimliche Ehe“ (Cimarosa).

Marie Monbelli, Franchino, Adèle Monnier.

Leiter: Kapellmeister R. Metzendorf. Flügel von Julius Blüthner.

Programm

des zweiten und letzten Concerts,

Freitag, den 11. October, Abends 7 Uhr.

1. Beethoven, Kreuzer-Sonate, Joseffy und Sivori.
2. Donizetti, Arie aus „Die Favoritin“, Adèle Monnier.
3. Schubert, All' Ongaese und Adagio Religiosa, De Swert.
4. Donizetti, Andante mit obl. Flöte aus Lucia, Monbelli und de Vroye.
5. Sivori, Fantasie aus „Lucia di Lammermoor“, Camillo Sivori.
6. Thomas, Ballade et Valse aus „Hamlet“, Amélie Franchino.
7. Lotti, Arietta „Pur digesti“ und Mozarts „Veilchen“, Anna Regan.
8. Bellini, Arie aus „Die Nachtwandlerin“, Marie Monbelli.
9. Liszt, Tarantella di Bravura, Rafael Joseffy.
10. Rossini, Duett aus „Stabat mater“, Franchino und Adèle Monnier.
11. Doppler, Variationen über ein slavisches Thema, de Vroye.
12. Gounod, Ave-Maria, Erstes Präludium von Bach.

Monbelli, Franchino, Regan, Adèle Monnier, Sivori, Joseffy, de Swert und de Vroye.

Danziger Maschinenbau-Actien-Gesellschaft.

Unter Hinweisung auf §§ 4 und 5 werden die Actionaire hiermit aufgefordert,
auf diejenigen Interimscheine, auf welche erst 40 Procent eingezahlt sind, die restirenden
60 Procent mit 60 Thaler pro Stück

bis zum 15. November 1872, einschließlich

bei der Direction in Danzig, Weidengasse No. 35, oder der Königsberger Ver-

einbank in Königsberg i. Pr., oder bei Herrn Jacob Vitten in Elbing gegen

Empfangsbefcheinigung der betreffenden Einzahlungsstelle einzuzahlen.

Danzig, den 5. October 1872.

Danziger Maschinenbau-Actien-Gesellschaft.

Der Aufsichtsrath.

Damme.

Bettfedern und Dammern

in vorzüglicher Qualität,

Bettdrell, Federleinen, Bettparchend,

Changeant und gestreifte Körper,

Bezug- und Laken-Creaseleinen,

sowie wollene Bettdecken,

Piqué-Bettdecken,

Waffel-Bettdecken,

Damast-Bettdecken,

Satin-Bettdecken

empfehlen

C. A. Lotzin Söhne,

Langgasse 14,

Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik.

Das optische Magazin von

Gust. Grotthaus,

befindet sich Marktschlaggasse No. 10.

Unterricht in der Stenographie.

Der hiesige stenographische Verein eröffnet Ende d. M. wieder einen Unter-

richtscursum in der Stenographie, welchem das vereinfachte Stolze'sche System zu

Grunde gelegt werden wird. Wir laden zur Theilnahme an diesem Cursum mit dem

Bemerkem ein, dass derselbe 16 Unterrichtsstunden, von denen wöchentlich eine statt-

findet, umfassen wird. Der Beitrag für jeden Theilnehmer ist auf 3 Thlr., auf Wunsch

in zwei Raten zahlbar, festgestellt. Meldungen zur Theilnahme werden von Herrn

H. Moritz, Langenmarkt 20, im Comtoir, entgegengenommen.

Auswärtige, welche sich die Stenographie durch Selbstunterricht an-

eignen wollen, erfahren das Nähere auf frankirte Anfragen bei dem Vorsitzenden des

Vereins, Stadtsecretair Schilt, Pfefferstadt 37.

Der Vorstand des stenographischen Vereins zu Danzig.

Stand der Lebens-Versicherungsbank f. D.

in Gotha

am 1. October 1872.

Versicherte	40,023 Pers.
Versicherungssumme	76,900,000 Thlr.
Hiervon neuer Zugang seit 1. Januar	2,725 Pers.
Versicherungssumme	6,163,600 Thlr.
Einnahme an Prämien und Zinsen seit 1. Januar	2,480,000 „
Ausgabe für 597 Sterbefälle	1,041,700 „
Bankfonds	18,995,000 „

Bergütung für 15,017 Gestorbene bis Ende 1871 25,111,374 Thlr.

Gezahlte Dividenden an die Versicherten bis Ende 1871 9,981,504 „

Dividende der Versicherten im Jahre 1872 37 Prop.

Unter Verweisung auf vorstehende Ergebnisse, insbesondere auf den bedeutenden

Betrag des neuen Zugangs in diesem Jahre ladet zur Versicherung ein

Albert Fuhrmann in Danzig,

Haupt-Agent der Lebens-Versicherungsbank für Deutschland in Gotha,
Comtoir: Speiser-Infel, Jopengasse 28.

Das Atelier zur Anfertigung von Damen-Garderoben jeder Art,

von

Bertha Castner, geb. Schmidt,

Langgasse No. 49,

empfehlen sich einem hochgeehrten Publikum zur gefälligen Beachtung.

Ball-Roben werden sauber und elegant in kürzester Zeit zu soliden Preisen

gefertigt, auch Gebrauchte renovirt.

Die neuesten Moden-Journale und Schmitze liegen zur Ansicht.

Danziger Glashütte.

Actien-Gesellschaft.

Durch Beschluß des Aufsichtsraths fordern wir hiermit die Actionaire gemäß § 6

unseres Statuts auf, eine fernere Einzahlung von zwanzig Procent mit

Thaler Bierzig pro Actie

an die Kasse unserer Gesellschaft, Wilschmannengasse No. 34, bis zum 18. October a. c. unter

Einreichung der betreffenden Interimscheine zu leisten.

Danzig, den 3. October 1872.

Die Direction.

Richard Meyer.

Jagd- u. Lufts-

Waffen-Fabrik

von

A. W. v. Glowacki,

Königl. Waffenschmied, Breitgasse No. 115,

empfehlen den geehrten Jagd- und Schießlieb-

habern sein großes Magazin aller Arten

Waffen, als Fescheur, Centralfescheur, Zünd-

nadel, Vertikal-Fescheur, Doppelfinten, Stutzen,

Büchsen, Floberbüchsen, Chassepotbüchsen,

Fescheur-Revolver und Terzerole. Diese

meine Fabrikate empfehlen sich wegen der

guten Arbeit, Leichtigkeit und der enormen

Billigkeit ganz besonders vor allen auswärtigen

Fabrikaten; großes Lager von Jagd-

Requisiten und fertigen Munitions-Artikeln,

als: Fescheur- und Centralfescheur-Cartu-

schon, Caliber 12, 14, 16, 20, 24, wie

Fescheur- und Centralfescheur-Revolver-Car-

tuschen, 7, 9, 12 Millimeter, deutsche, fran-

zösische und englische Scala- und Chassepot-

patronen. Reparaturen wie alle geehrten

Aufträge werden unter jeder Garantie prompt

effectuirt. (5904)

Eine Zündnadel, eine

Fescheur- und Vertikal-Fescheur-Doppel-

finte, alt und sehr gut erhalten, habe billig

zu verkaufen.

A. W. v. Glowacki,

Kgl. Waffenschmied, Jagd- u. Lufts-Waffen-

Fabrikant, Breitgasse No. 115.

Haarlemer Blumenwiebeln,

als Hyazinthen, Tulpen, Crocus, Tazetten u.

empfehlen in vorzüglicher Qualität und ste-

ben Preis-Verzeichnisse darüber auf Verlan-

gen franco zu Diensten. (5838)

A. Lenz,

Schiffkante No. 3.

Ein Geschäftshaus

in einem großen Kirchdorfe d. Danzi-

ger Werders, worin ein bedeutendes Ma-

nufactur-, Colonial-, Eisenwaaren-Geschäft u.

Wädderei betrieben wird, auch ist ein Vergnü-

gungsbahn, soll besonderer Verhältnisse wegen für

ca. 8000 R. bei 2000 R. Anzahlung ver-

kauft werden. Käufer erfahren Näheres durch

Th. Kleemann in Danzig, Broddbänke-

gasse No. 34. (6223)

Guts-Verkauf

bei Stuhm in W.-Pr.

Ein Gut von 298 Morgen oder 44 Hufe

cult., Boden 1. u. 2. Kl., davon 10 Morgen

Nichtcult., das übr. alles Ackerland mit d.

Blüthe. Ausfaat 80 Schffl. Weizen, 24 Schffl.

Roggen u. Invent: 16 Pferde, 13 Rüh, 7

Junghüh u. Schweinegucht, todt. Inventarium

vollst. Gebäude massiv u. neu, liegt 1/4 M.

v. d. Chaussee u. 1 1/2 M. v. Bahnhof, soll m.

voller Ernte, wie es steht u. liegt f. 24,000 R.

bei 9000 R. Anz. vert. m. Alles Nähere bei

Deschner,

Anterschiedgasse Nr. 6,

wofelst Güter jed. Gr. u. i. jed. Geg. wie

Wählen u. Galt, z. bill. Preis, z. hab. sind.

Römische Kaiser- u. Consul-

münzen

sind billig zu verkaufen Tischler-

gasse 11. (6258)

Ein schöner kleiner Hund ist

zu verkaufen Jopeng. No. 19.

Weißer Esfartoffeln

läuft, u. erbittet davon Offerten fre. Danzig

mit Angabe der Lieferfrist

F. W. Lehmann,

Mähergasse No. 13, (Fischerthor).

Ein gut erhaltener Poltsander Flügel

ist zu verkaufen. Näheres Goldschmiedg.

34 im Laden. (6225)

Ein fast neuer schwer feib. Wintermantel m.

Koller ist b. zu verl. Vorst.-Garten 68.

Ein gebildetes junges

Mädchen aus anständigem Hause wünscht

eine Stellung als Stütze der Hausfrau. Näh.

bei Frau Rentier Vater, Neugarten No. 20.

Ein Ladenmädchen, das im Materialgeschäft u.

Schank gemein, empfiehlt J. Dan,

Jopengasse 48, das dritte Haus vom Barb.

Ein Sohn anständiger Eltern mit

Schulkenntnissen findet in meinem

Cigarren-Geschäft e. Stelle als Lehr-

ling. Lehrzeit auf meine Kosten.

Ludwig Marklin, Langg.

83.

Eine junge Dame von auswärts wünscht

von einem anständigen Herrn einige

hundert Thaler gegen gute Zinsen. Adressen

unter 6161 in der Exped. d. Btg.

Mein Comtoir und Wohnung be-

findet sich

Jopengasse No. 9.

Ernst G. Martini.

Meine Wohnung, welche

frü